



Berufungsentscheidung

Der unabhängige Finanzsenat hat über die Berufung des Bw., vom 4. Jänner 2007 gegen den Bescheid des Finanzamtes Salzburg-Stadt vom 7. Dezember 2006 betreffend Rückforderung von Familienbeihilfe und Kinderabsetzbeträgen für den Zeitraum 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 entschieden:

Der Berufung wird teilweise Folge gegeben.

Der angefochtene Bescheid wird abgeändert.

Die Familienbeihilfe und die Kinderabsetzbeträge werden für den Zeitraum 1. März 2006 bis 30. September 2006 zurückgefordert. Der Rückforderungsbetrag beträgt 1.425,20 € (Familienbeihilfe 1.068,90 €, Kinderabsetzbetrag 356,30 €).

Entscheidungsgründe

Die Tochter des Bw., X, begann im Wintersemester 2005/06 das Studium der Politikwissenschaft an der Universität Salzburg. Im Zuge der Überprüfung des Anspruchs auf Familienbeihilfe stellte das Finanzamt fest, dass die Tochter das Studium vorzeitig unterbrochen hatte und in der Zeit vom 25.02.2006 bis 01.07.2006 an der Veranstaltung „Ausbildung zum/zur Eventmanager/in“ am WIFI Salzburg teilgenommen hatte. Das Finanzamt forderte hierauf mit Bescheid die für die Monate Oktober 2005 bis September 2006 ausbezahlte Familienbeihilfe sowie die Kinderabsetzbeträge zurück, da die Tochter das

Studium zu Beginn des Jahres vorzeitig unterbrochen habe und der am WIFI besuchte Kurs nicht als Berufsausbildung im Sinne des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 zähle.

In der dagegen eingebrachten Berufung führte der Bw. aus, die Behauptung, seine Tochter habe das Studium zu Beginn des Jahres abgebrochen, sei unbewiesen und schlechthin falsch. Da seine Tochter nach wie vor immatrikuliert sei, könne eine Exmatrikulationsbestätigung nicht erbracht werden. Inzwischen habe sie zielstrebig eine zusätzliche Berufsausbildung (Eventmanagement) absolviert. Der diesbezügliche Nachweis sei sehr wohl korrekt erbracht worden. Seine Tochter habe auch eine Voluntärtätigkeit im Ausmaß von etwa 25 Wochenstunden in seinem Geschäft geleistet. Seine Tochter Y habe seinerzeit ebenfalls einen WIFI-Berufsausbildungskurs absolviert und Familienbeihilfe bezogen. Damals habe es keinerlei Beanstandungen oder Rückforderungsbescheide der Finanzbehörde gegeben. Der ergangene Bescheid sei äußerst undifferenziert, da die ausbezahlten Beträge der Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag nicht nur für Ausbildungs- sondern auch zur Unterstützung der Lebenshaltungskosten von in Ausbildung stehenden Personen herangezogen werden müssen. Die Familienbeihilfe werde monatlich angewiesen, sodass eine Rückforderung der Gesamtsumme in einem unzulässig und aus der derzeitigen Einkommenssituation unbestreitbar sei. Gleichzeitig werde für den Fall einer abschlägigen Berufungsentscheidung beantragt, die Ausbildungskosten als außergewöhnliche Belastung in seinem Jahressteuerausgleich 2005 oder 2006 zu berücksichtigen.

In Beantwortung eines Ergänzungsersuchens teilte der Bw. mit, seine Tochter habe ihr Studium zur Ausbildung zur Eventmanagerin im Jahre 2006 unterbrochen. Es könne daher weder eine Exmatrikulations- noch eine Inskriptionsbestätigung noch ein Studienerfolgsnachweis erbracht werden. Das WIFI habe unverständlicherweise den auf zwei Semester angelegten universitären Event-Management-Kurs nicht fortgesetzt. Aufgrund der äußerst teuren Kurs- und sonstigen Ausbildungskosten hätte die Studiengebühr für das Sommersemester 2006 nicht auch noch geleistet werden können.

Das Finanzamt gab der Berufung mit Berufungsvorentscheidung teilweise statt. Da die Tochter von Oktober 2005 bis Februar 2006 an der Universität Salzburg inskripiert gewesen sei, bestehe für diesen Zeitraum Anspruch auf Familienbeihilfe. Hinsichtlich des Kursbesuches seien die Voraussetzungen für eine Berufsausbildung im Sinne des Familienlastenausgleichs nicht erfüllt, sodass für diesen Zeitraum kein Anspruch bestehe.

Daraufhin stellte der Bw. einen Vorlageantrag und führte begründend Folgendes aus: Seine Tochter sei bis Februar 2006 an der Universität Salzburg inskripiert gewesen und sei noch immer immatrikuliert. Um zwischendurch auch eine ihrer Matura entsprechende zusätzliche Spezialausbildung zu erlangen, habe die Tochter die Ausbildung zur Eventmanagerin belegt,

für die zwei Semester mit entsprechender Abschlussprüfung vorgesehen gewesen wären. Im Mai und Juni habe sie daher auch bei internationalen Events praktiziert, zusätzlich habe sie in seinem Kunst- und Antiquitätenhandel volontiert. Die bezogene Familienbeihilfe sei für Ausbildungs-, Fahrt- und Aufenthaltskosten aufgewendet worden. Aus den Unterlagen des Wirtschaftsförderungsinstitutes Salzburg gehe eindeutig hervor, dass Eventmanagement ein genau umrissenes Berufsbild hat. Eventmanager seien aus der modernen Eventkultur nicht mehr wegzudenken und weltweit gesucht. Vorpraxis und –kenntnisse seien Aufnahmekriterien für den für zwei Semester vorgesehenen Kurs gewesen. Ein fachlich einschlägige Unterricht, der die grundlegenden theoretischen Kenntnisse, wie Einführung in das Eventmanagement, Marketing, Eventplanung, Recht, Eventfinanzierung und Projektmanagement umfasst habe, sei vorgesehen gewesen und auch durchgeführt worden. Die Vorlesungen seien geblockt und alle DozentInnen höchstqualifizierte Akademiker gewesen. Ebenso sei eine schriftliche und mündliche Abschlussprüfung am jeweiligen Semesterende vorgesehen gewesen. Diese seien ursprünglich im Zusammenhang mit der Universität Innsbruck geplant gewesen und die Berufsausbildung sollte mit dem Titel „Dipl. Eventmanagerin“ bzw. „Dipl. Eventmanager“ abschließen. Bedauerlicherweise habe das WIFI am Ende des ersten Semesters mitgeteilt, dass die Ausbildung mangels Teilnehmer leider nicht fortgesetzt werden könne. Der vorgesehene und auch vertraglich zugesagte Abschluss habe daher unverschuldet nicht erreicht werden können. Für die Familienbeihilfenstelle habe daher nur eine Teilnahmebestätigung übersandt werden können. Die in der Berufung gestellten Alternativanträge würden aufrecht bleiben.

Die zuständige Lehrgangsreferentin des Wirtschaftsförderungsinstitutes bestätigte gegenüber dem Unabhängigen Finanzsenat, dass der gegenständliche Kurs nach einem Semester abgebrochen werden musste. Da mehrere Kursteilnehmer ausgestiegen seien, sei eine Weiterführung wegen der geringen Anzahl an verbliebenen Teilnehmern nicht mehr möglich gewesen. Auch die Tochter des Bw. habe die Ausbildung vorzeitig selbst abgebrochen, noch bevor der Kurs schließlich vom WIFI abgebrochen worden sei. Es liege ein entsprechendes Schreiben vor, in dem der Kursaustritt damit begründet werde, dass eine Arbeitsstelle gefunden worden sei. Allen Kursteilnehmern sei aber als Kursabschluss eine Zwischenprüfung mit Zwischenzertifizierung zum Eventmanager-Assistenten mit entsprechendem Zeugnis angeboten worden. Bei Verzicht auf diese Prüfung sei nur eine Teilnahmebestätigung über den Kursbesuch ausgestellt worden.

Dieses Ermittlungsergebnis wurde dem Bw. ebenso wie die Auskunft der Universität Salzburg, dass die Tochter am 30. April 2006 automatisch exmatrikuliert worden sei, zur Stellungnahme übermittelt.

Dazu teilte der Bw. mit, die automatische Exmatrikulation seiner Tochter sei ihm bis dato unbekannt gewesen. Seine Tochter sei bis zum 30. April 2006 immatrikuliert gewesen, sodass bis zu diesem Zeitpunkt jedenfalls ein Studium vorgelegen habe. Es bestehe seines Wissens jedoch jederzeit die Möglichkeit zur Wiederimmatrikulation und zur Fortsetzung eines Studiums. Das Schreiben seiner Tochter an das WIFI sei keinesfalls ein „Kursausstieg“, sondern nur der Wunsch nach einer eventuell möglichen Vertragsauflösung. Da es sich bei diesem Ausbildungsvertrag jedoch um einen Konsensualvertrag gehandelt habe, sei die Auflösung nur in beidseitigem Einverständnis möglich gewesen. Eine Einverständniserklärung des WIFI Salzburg zur Auflösung des Vertrages liege ihm jedoch nicht vor. Darüber hinaus, sei schon lange vor dem Zeitpunkt (07.08.2006) dieses Schreibens bereits allgemein bekannt gewesen, dass das WIFI die geschlossenen Ausbildungsverträge voraussichtlich nicht einhalten und den Lehrgang nicht fortsetzen werde. Daher habe sich seine Tochter, wie etliche andere KursteilnehmerInnen auch, um eine ausbildungsentsprechende Stelle bewerben müssen. Ob Sie diese Stelle nach Absolvierung der Probezeit auch behalten werden könne, sei zu diesem Zeitpunkt absolut ungewiss gewesen. Diese Tatsachen hätten jedoch nicht mit der zentralen Frage, ob eine Berufsausbildung im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. b des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 vorliege bzw. zum Zeitpunkt des Abschlusses des Ausbildungsvertrages zur Eventmanagerin vorlag, zu tun. Fest stehe, dass seine Tochter, vertrauend auf die Zusagen des WIFI, diesen sehr teuren Ausbildungsvertrag abgeschlossen und die Hälfte auch absolviert habe. Dass sie bis dato aus nunmehr zeitbedingten beruflichen Gründen nicht dazugekommen sei, die sogenannte „Abschlussprüfung“ abzulegen, tue nichts zur Sache, da diese jederzeit nachgeholt werden könne. Das beigelegte, an das Wirtschaftsförderungsinstitut gerichtete Schreiben der Tochter ist folgenden Inhalts: Sie habe eine Arbeitsstelle als Rezeptionistin gefunden (Anmerkung: Beginn des Dienstverhältnisses 16.08.2006). Da sie daher keine Zeit mehr habe, den Eventmanagement-Kurs zu besuchen, möchte sie diesen stornieren.

Über die Berufung wurde erwogen:

Gemäß § 2 Abs. 1 lit. b Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) 1967 haben Personen Anspruch auf Familienbeihilfe für volljährige Kinder, die das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die für einen Beruf ausgebildet oder in einem erlernten Beruf in einer Fachschule fortgebildet werden, wenn ihnen durch den Schulbesuch die Ausübung ihres Berufes nicht möglich ist. Bei Kindern, die eine in § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 305, genannte Einrichtung besuchen, ist eine Berufsausbildung dann anzunehmen, wenn sie die vorgesehene Studienzeit pro Studienabschnitt um nicht mehr als ein Semester oder die vorgesehene Ausbildungszeit um nicht mehr als ein Ausbildungsjahr überschreiten. Wird ein

Studienabschnitt in der vorgesehenen Studienzeit absolviert, kann einem weiteren Studienabschnitt ein Semester zugerechnet werden.

Die volljährige Tochter des Bw. begann im Wintersemester 2005/06 ein Universitätsstudium, das sie bereits nach einem Semester abbrach. Der Bw. führt ins Treffen, seine Tochter habe ihr Studium für die zielstrebig betriebene Ausbildung zur Eventmanagerin unterbrochen. Im Zeitpunkt der Exmatrikulation am 30. April 2006 habe jedenfalls ein Studium vorgelegen und es bestehe jederzeit die Möglichkeit ein Studium fortzusetzen.

Wie der Verwaltungsgerichtshof bereits in mehreren Erkenntnissen festgestellt hat, enthält das Gesetz keine nähere Bestimmung des Begriffes „Berufsausbildung“. Unter diesen Begriff seien aber jedenfalls alle Arten schulischer und kursmäßiger Ausbildung zu zählen, in deren Rahmen noch nicht berufstätigen Personen ohne Bezugnahme auf die spezifischen Tätigkeiten an einem bestimmten Arbeitsplatz das für das künftige Berufsleben erforderliche Wissen vermittelt wird. Ihren Abschluss findet eine Berufsausbildung jedenfalls mit dem Beginn der Ausübung eines bestimmten Berufes (vgl. VwGH vom 18.11.1987, 87/13/0135). An dieser Begriffsumschreibung hat der Verwaltungsgerichtshof auch in seinen Erkenntnissen vom 23.10.1999, 87/14/0031 und vom 7.9.1993, 93/14/0100, festgehalten: Ziel einer Berufsausbildung ist es, die fachliche Qualifikation für die Ausübung eines angestrebten Berufes zu erlangen. Es muss das ernstliche und zielstrebige, nach außen erkennbare Bemühen um den Ausbildungserfolg gegeben sein (vgl. VwGH 15.12.1987, 86/14/0059 und 21.10.1999, 97/15/0111).

Lehrgang „Ausbildung zum/zur Eventmanager/in“

Ob der im Zeitraum 25.02.2006 bis 01.07.2006 besuchte Lehrgang „Ausbildung zum/zur Eventmanager/in“, trotz vorzeitigem Abbruch durch das Wirtschaftsförderungsinstitut, eine anspruchsbegründende Berufsausbildung darstellt, kann im gegenständlichen Fall dahingestellt bleiben, denn das Ablegen vorgesehener Prüfungen ist essentieller Bestandteil einer Berufsausbildung. Da die Tochter des Bw. die als Kursabschluss angebotene Zwischenprüfung mit Zwischenzertifizierung zur „Eventmanager-Assistentin“ nicht abgelegt hat, ist das ernstliche und zielstrebige Bemühen um den Ausbildungserfolg nach außen nicht erkennbar. Die bloße Teilnahme am Lehrgang, ohne zeitnahen Versuch, zumindest den angebotenen Kursabschluss zu erlangen, kann einen Anspruch auf Familienbeihilfe nicht vermitteln.

Die vom Bw. ins Treffen geführte Anerkennung der von der Tochter Y absolvierten WIFI-Kurse als Berufsfortbildung im Sinne des FLAG 1967 steht der getroffenen rechtlichen Beurteilung im gegenständlichen Fall nicht entgegen, da jeder Einzelfall nach dem spezifischen Sachverhalt gesondert zu beurteilen ist und dem Bw. aus einer – möglicherweise

falschen – rechtlichen Beurteilung in einem anderen Fall keine Rechte entstehen bzw. die Abgabenbehörde an eine derartige Entscheidung nicht gebunden ist.

Studium

§ 2 Abs. 1 lit. b FLAG 1967 bestimmt bezüglich der weiteren Voraussetzungen, unter denen ein Studium den Anspruch auf Familienbeihilfe vermittelt, Folgendes: Die Aufnahme als ordentlicher Hörer gilt als Anspruchsvoraussetzung für das erste Studienjahr. Anspruch ab dem zweiten Studienjahr besteht nur dann, wenn für ein vorhergehendes Studienjahr die Ablegung einer Teilprüfung der ersten Diplomprüfung oder des ersten Rigorosums oder von Prüfungen aus Pflicht- oder Wahlfächern des betriebenen Studiums im Gesamtumfang von acht Semesterwochenstunden nachgewiesen wird. Der Nachweis ist unabhängig von einem Wechsel der Einrichtung oder des Studiums durch Bestätigungen der im § 3 des Studienförderungsgesetzes 1992 genannten Einrichtungen zu erbringen.

Anspruchsvoraussetzung für das 1. Jahr ist die Zulassung zum Studium bzw. eine Forstsetzungsbestätigung. Da die Tochter des Bw. nur im Wintersemester 2004/2005 an der Universität inskripiert war und dieses Semester mit 28. Februar endet, war die Gewährung der Familienbeihilfe jedenfalls mit diesem Zeitpunkt begrenzt. Unmaßgeblich ist der Zeitpunkt der Exmatrikulation am 30. April 2005, da dieser Termin lediglich das Ende der Nachfrist darstellte, innerhalb der die Zulassung zum folgenden Semester noch möglich war. Nachdem diese Frist verstrichen ist, ohne das Studium zur Fortsetzung zu melden, lag im gesamten Sommersemester 2006, das mit 1. März begann, keine universitäre Berufsausbildung vor.

Nach der zitierten gesetzlichen Regelung ist für den Anspruch auf Familienbeihilfe ein Leistungsnachweis somit erst nach dem ersten Studienjahr zu erbringen, zuvor genügt der Nachweis der Aufnahme als ordentlicher Hörer. Da zu Beginn eines Studiums das Ablegen von Prüfungen häufig gar nicht möglich ist, muss dies insbesondere für das erste Semester gelten, soweit nicht aus sonstigen Umständen (z.B. Exmatrikulation bereits in den ersten Monaten) hervorgeht, dass ein ernsthaftes Studium von Anfang an nicht geplant war. Da aus dem Vorbringen des Bw. ein solcher Schluss nicht gezogen werden kann, ist die Familienbeihilfe daher bis zum Ende des Wintersemesters 2005/06 (Februar 2006) zu gewähren.

Im Zeitraum 1. März 2006 bis 30. September 2006 waren die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug der Familienbeihilfe - weder Inskription an einer Universität noch Absolvierung einer anderen Berufsausbildung im Sinne des FLAG 1967 – nicht erfüllt, sodass die Familienbeihilfe für diesen Zeitraum zurückzufordern war.

Gemäß § 33 Abs. 4 Z 3 lit. a EStG 1988 steht einem Steuerpflichtigen, dem auf Grund des FLAG 1967 Familienbeihilfe gewährt wird, im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der

Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag zu. Mangels Anspruch auf Familienbeihilfe ab März 2006 besteht auch kein Anspruch auf die Kinderabsetzbeträge.

Wer Familienbeihilfe zu Unrecht bezogen hat, hat gemäß § 26 Abs. 1 FLAG 1967 die entsprechenden Beträge zurückzuzahlen. Wurden Kinderabsetzbeträge zu Unrecht bezogen, ist gemäß § 33 Abs. 4 Z 3 lit. a EStG 1988 ebenfalls § 26 FLAG 1967 anzuwenden.

§ 26 Abs. 1 FLAG 1967 normiert eine objektive Rückzahlungsverpflichtung ohne Rücksicht darauf, ob die Beträge gutgläubig empfangen worden sind oder nicht und ob die Rückzahlung eine Härte bedeutet.

Auf Grund der obigen Ausführungen ist die Rückforderung von Familienbeihilfe und Kinderabsetzbeträgen für den Zeitraum 1. März bis 30. September 2006 zu Recht erfolgt.

Es war daher wie im Spruch zu entscheiden.

Eventualantrag

Für den Fall einer abweisenden Berufungsentscheidung hat der Bw. beantragt, die Ausbildungskosten seiner Tochter als außergewöhnliche Belastung in seinem Jahressteuerausgleich 2006 oder 2006 zu berücksichtigen.

Dem Unabhängige Finanzsenat als Berufungsbehörde obliegt gemäß § 260 BAO die Entscheidung über Berufungen. Das erstmalige Absprechen über die Abgabenfestsetzung (Einkommensteuer) fällt nach § 3 Abs. 1 AVOG in die Zuständigkeit des Finanzamtes.

Über einen entsprechend gestellten Antrag auf Durchführung der Arbeitnehmerveranlagung hat daher das Finanzamt zu entscheiden.

Salzburg, am 9. Juli 2007